

# Ein Fall von Staatsräson

## Nazi-Aufmarsch in Frankfurt am Main kann ungehindert marschieren

Dr. Achim Thiel freut sich. Der Frankfurter Polizeipräsident zeigt sich erleichtert darüber, dass es am 7. Juli anlässlich des Aufmarsches von 600 Neonazis im Frankfurter Westen nicht zu den gefürchteten Krawallen kam. Um die 5.000 PolizistInnen hatten dafür großes Kino geboten: In ganzen Stadtteilen wurde über zehn Stunden der de-facto-Ausnahmestand verhängt, durch Parkanlagen zogen sich Absperranlagen mit NATO-Stacheldraht obenauf, Sondereinheiten der Polizei wurden mit Hubschraubern zu Brennpunkten geflogen. So konnten trotz des Widerstandes tausender AntifaschistInnen die Nazis ungestört antisemitische Hassparolen skandieren, an allen Ecken und Enden gegen die Auflagen verstoßen und Straftaten begehen.

Auch auf die Kritik an dem Einsatz, so bemerkte Thiel, freue er sich. Noch hat er Grund zur Freude. Denn die mediale Empörung beschränkt sich darauf, dass die Polizei den Nazis zu viel durchgehen ließ. Dass im Einsatz gegen NazigegnerInnen zahlreiche, eklatante Rechtsbrüche begangen wurde ist bisher ebenso wenig Thema wie die Frage, was die absurde Heerschau am 7. Juli eigentlich bezwecken sollte.

Vier Wochen nach dem Aufmarsch zeichnen AnwältInnen des Ermittlungsausschusses ein verheerendes Bild des polizeilichen Vorgehens am 7. Juli. Was der Frankfurter Rechtsanwalt Markus Künzel zusammenfasst, ist nur die Spitze des Eisbergs: Gewahrsamnahmen wegen des Mitführens von Handschuhen und Wechselkleidung; die rechtlich höchst bedenkliche Erfassung persönlicher Daten von KundgebungsteilnehmerInnen; Platzverweise für ganze Gruppen für die ganze Stadt und den ganzen Tag, ausgesprochen am östlichen Stadtrand (über zehn Kilometer vom Geschehen entfernt) und begründet damit, dass die kontrollierten Personen "polizeibekannt" seien - drei Beispiele von vielen gegen AntifaschistInnen.

Auf der anderen Seite der Absperranlagen ging es weitaus entspannter zu: keine Personen- und Taschenkontrollen bei den Neonazis, obgleich die Polizei zuvor in einer internen Lageeinschätzung von bis zu 1.500 "ultragewaltbereiten Rechtsaktivisten" ausgegangen war. Vorbestrafte Nazischläger wachten als Ordner über den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung, Dutzende Neonazis posierten ver mummt und mit Handschuhen, zeigten Tätowierungen mit dem Nazicode "H8" und dem Hitler-Jugend-Leitspruch "Blut und Ehre", trugen T-Shirts mit übel rassistischen Motiven. Und sie grölten "BRD, Judenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt", "Juden weg von deutschen Straßen" oder "Gegen Demokraten helfen nur Granaten".

## Eklatante Rechtsbrüche der Nazi bleiben folgenlos

Das ging selbst der Boulevard-Presse zu weit. "Warum habt ihr die Laufen lassen?" titelte die *Bild* am 21. Juli, nachdem die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination auf einer Pressekonferenz Bilder vorgelegt hatte, die deutlich machten, was am 7. Juli in der No-Go-Area des Frankfurter Industriedhofes wirklich passiert war. Doch leider, so bedauert

Polizeisprecher Jürgen Linker, habe man keine Auflagen- und Rechtsverstöße feststellen können, die ein polizeiliches Vorgehen gegen die Neonazis gerechtfertigt hätten. Vorwürfe, die Polizei habe mit zweierlei Maß gemessen, wischt er als "pauschal" vom Tisch. Linker redet Unsinn, ganz offensichtlichen Unsinn. Er hat es offensichtlich nicht nötig, wortreich zu rechtfertigen, warum die Exekutive einen Monat nach Heiligendamm mal wieder ihre ganz eigenen Gesetze gemacht hat.

Schon im Vorfeld wurde die Öffentlichkeit für dumm verkauft. Als Neonazis auf *YouTube* ein Video veröffentlichten, in dem eine verummumte Frau mit einem brennenden Molotow-Cocktail zum Aufmarsch mobilisierte, ließ Linker über die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* verlauten, es hätten sich "Hinweise erhärtet, dass der Videoclip ... von linksextremen Aktivisten lanciert worden war, um ihre Anhänger für die Demonstration aufzuheizen". Doch lässt sich von jedem Internet-Laien mit wenigen Klicks die Spur des Videos zurückverfolgen, die zum *YouTube*-Account des Butzbachers Kevin S. führt.

Kevin S. zählt zum Kreis um den Aufmarsch-Anmelder und hessischen NPD-Vorsitzenden Marcel Wöll und ist für dessen Internet-Auftritte zuständig. Diese dreiste Lüge des Jürgen Linker war Teil einer Kampagne, die darauf abzielte, AntifaschistInnen zum eigentlichen Problem zu erklären.



## Polizei und Politik gegen Zivilgesellschaft

Insbesondere die *FAZ*, ob der Kontakte einzelner Redakteure ins Rechtsaußen-Milieu selbst im Focus antifaschistischer Beobachtung, war dabei in ihrem Element. Als *FAZ*-Redakteur Hans Riebsamen gegen "sogenannte Antifaschisten aus der autonomen Szene" vom Leder zog, die durchaus auch "Züge blockieren, Schaufensterscheiben zerschmeißen" könnten, schrieb er, ohne dies anzumerken, in Teilen wortwörtlich aus einer Presseerklärung der NPD ab.

Für die Neonazis sollte der Aufmarsch unter dem Motto "Arbeit statt Dividende. Volksgemeinschaft statt Globalisierung" den Höhepunkt ihrer seit zwei Jahren laufenden, antisemitischen "Antikapitalismus-Kampagne" sein, weswegen sie europaweit mobilisiert hatten. Die Tatsache, dass sich schließlich nur wenig mehr als 600 Neonazis einfanden, war verschiedenen Faktoren geschuldet. So lässt sich mit dem Gedenken an Rudolf Hess und den Dresdener Feuersturm nun mal besser mobilisieren als mit Begriffen wie "Dividende". Auch waren Hacker am Tag zuvor in ihre Mobilisierungs-Website eingedrungen und hatten den Aufmarsch kurzerhand abgesagt, was den OrganisatorInnen eine schlaflose Nacht bereitete, in der sie Dementis verschickten. Und die Route, die kaum bewohntes Gebiet berührte, war von manchen schon im Vorfeld als unattraktiv empfunden worden.

Tatsächlich hatte der Frankfurter Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) den Neonazis den Aufmarschort geradezu aufgedrängt. Ursprünglich wollten sie durch die Innenstadt zur Alten Börse ziehen, doch dabei hätten sich imageschädigende Bilder von Nazis inmitten der Skyline kaum vermeiden lassen. So verlegte Rhein das Ganze in den Industriebhof im Stadtteil Hausen, wo die AntisemitInnen mit der Neuen Börse, so schlussfolgerte Rhein, ja auch ein symbolträchtiges Ziel auf ihrem Marsch gegen die "internationale Hochfinanz"

vorfänden. Noch Wochen später waren die Betreiber der Neuen Börse darüber stinksauer.

Unklar ist, wer in den Amtsstuben mit wem und gegen wen arbeitete. So begrüßte das Römerberg-Bündnis, ein Zusammenschluss von Verbänden und den meisten im Frankfurter Römer vertretenen Parteien, die "vielfältigen Aktivitäten" gegen die Nazis, und Oberbürgermeisterin Petra Roth war voll des Lobes über "couragierte Menschen, die ihr Maul aufmachen". Die Polizei hingegen tingelte durch den Stadtteil Hausen, um den dort lebenden Menschen das Maul zu verbieten. In einer Art und Weise, die manche als Nötigung empfanden, wurden AnwohnerInnen aufgefordert, eine "ostentative Zurschaustellung" antifaschistischer Positionen zu unterlassen - im Klartext: keine Nazis-Raus-Plakate oder Sprechchöre entlang der Route. So waren auf menschenleeren und von Autos geräumten Straßen die Transparente von "Europa Erwache", die Parolen vom "Judenstaat" und die Reden, in denen Frankfurt als das "Jerusalem der BRD" beschimpft wurde, besonders gut zu hören und zu lesen. Der Kostenpunkt des gesamten Einsatzes: 20 Mio. Euro, knapp 30.000 Euro für jeden Neonazi.

Doch warum war die Polizei so sehr an einem reibungslosen Ablauf des Naziaufmarsches interessiert? Es scheinen mehrere Gründe eine Rolle gespielt zu haben. Zum einen hatte Marcel Wöll im Vorfeld getönt, er könne ja jeden Monat aufmarschieren, sollte er diesen Aufmarsch nicht durchziehen dürfen. Um das zu verhindern, war man offenkundig bereit, fast jeden politischen und materiellen Preis zu zahlen. Das völlig überdimensionierte militärische Spektakel wirft zudem die Frage auf, ob es tatsächlich "nur" der Verhinderung von Auseinandersetzungen diene. Mit ihrer Kampagne gegen AntifaschistInnen hatte die Polizei zuvor schon ein Klima der Verunsicherung geschaffen, in dem sie all ihre Maßnahmen legitimieren konnte. Der Demonstrationsbeobachter Heiner Halberstadt (DIE LINKE) hat den Eindruck, dass "dieses Unternehmen als Übung für künftige Fälle von z.B. militanten sozialen Konflikten dienen könnte", Paul Hirsch vom Stadtteilverein *Zusammen e.V.* spricht von einem "Experimentierfeld zur Aufstandsbekämpfung".

## **Aufmarsch der AntisemitInnen an der Neuen Börse**

Dies geschah vor dem Hintergrund der "Konkurrenz" zwischen unterschiedlichen Bündnissen und Aktionsformen, die jeweils in Anspruch nahmen, den Protest "der FrankfurterInnen" gegen den Neonaziaufmarsch zu vertreten. Hier das Römerberg-Bündnis, das zu einer Kundgebung vor dem Römer weitab vom Ort des Geschehens aufrief, dort die Anti-Nazi-Koordination (ANK), die es mit viel Einsatz schaffte, einen Konsens herzustellen, der von autonomen Gruppen bis hin zum Verband demokratischer Pharmazeuten und Pharmazeutinnen reichte und der besagte: Wir blockieren die Route. Wir verhindern den Aufmarsch. Wir leisten zivilen Widerstand.

Für Stadt, Land und Polizei war dies Provokation und Kampfansage zugleich, zumal sich schnell abzeichnete, dass das flexible Blockade-Konzept des ANK-Bündnisses mehr Menschen mobilisieren würde als der stationäre Protest am Römer. Doch wo kämen wir hin, wenn tausende Menschen sich dem verordneten Antifaschismus entziehen, ihre Aktionsformen selbst bestimmen und auch noch frech verkünden, mit der Blockade der Route gegen Recht und Ordnung verstoßen zu wollen? Dies sind die Fragen, die Polizeipräsident Thiel, Ordnungsdezernent Rhein und den hessischen Innenminister Volker Bouffier getrieben haben dürften. Und: Was ist, wenn dieses Beispiel bürgerlichen Ungehorsams Schule macht - vor allem in Hinblick auf die in den nächsten Jahren zu befürchtende Zunahme sozialer Proteste?

So muss unterstellt werden, dass es ein übergeordnetes Interesse gab, den Naziaufmarsch durchzuziehen, der zwingend hätte abgebrochen werden müssen. Der Allianz der

Ungehorsamen durfte kein Erfolgserlebnis verschafft werden. Dass dabei weder Kosten noch Mühen gescheut wurden, Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden und sich die Polizei mit der Duldung nationalsozialistischer Symboliken auf dem Aufmarsch gar in den Bereich der Strafvereitelung im Amt begab, zeigt, wie sehr ihr daran gelegen war, an diesem Tag ihr Rechts- und Gewaltmonopol gegenüber der Zivilgesellschaft zu demonstrieren.

Noch beklemmender als die polizeiliche Durchsetzung des antisemitischen Hass-Aufmarsches ist das anhaltende Schweigen der Frankfurter Eliten. Dies ist nicht nur ein Zeichen für die Breitenwirkung der polizeilichen Hetzkampagne. Es ist insbesondere ein Beleg des fortschreitenden Zerfalls politischer Kultur. Das Frankfurt des Fritz Bauer, des Theodor W. Adorno, des Ignatz Bubis und des Peter Gingold hat schlichtweg nichts mehr zu sagen, wenn Neonazis mit behördlichem Segen die Wegschaffung der Juden von den Straßen fordern. Auf Tauchstation gegangen sind insbesondere die Grünen, und das aus gutem Grund: Als Juniorpartner der schwarz-grünen Regierungskoalition im Römer haben sie dieses politische Desaster mit zu verantworten und sie dürften ihren Wandel von der Bürgerrechtspartei zum ökologischen Vehikel einer obrigkeitsstaatlichen Politik - zumindest in Frankfurt - nun wahrlich vollzogen haben.

Die Neonazis freut das alles ebenso wie Herrn Dr. Thiel. Sie bedankten sich nach ihrem Aufmarsch artig bei der Polizei und zeigten sich verwundert darüber, was in Frankfurt alles möglich war. Trotz der für sie enttäuschenden Teilnehmerzahl war es "ein ermutigender Auftakt" ihres nun beginnenden Landtagswahlkampfes. Stadt, Land und Polizei, die geradezu verbissen und mit immer weniger Erfolg versuchen, das zunehmende Problem mit Neonazis im Bundesland klein zu reden, haben am 7. Juli Öl ins Feuer gegossen.

### **Michael Weiss**

Michael Weiss arbeitet für das *Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum* (apabiz) in Berlin.